

Bevölkerungsentwicklung und Gesellschaftsveränderung in den kommenden Jahrzehnten

Stefan Hradil

Inhalt:

1. *Was sich vorhersagen läßt: Einige Vorbemerkungen*
2. *Der Ausgangspunkt: Die Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten*
 - 2.1 Wir leben immer länger: Die Sterbefälle
 - 2.2 Gleichbleibend wenige: Die Geburten
 - 2.3 Die großen Wellen: Die Zuwanderungen
3. *Die Bevölkerung der Zukunft*
 - 3.1 Sterben die Deutschen aus? Die Bevölkerung insgesamt
 - 3.2 Eine Gesellschaft von Greisen? Die Altersstruktur
 - 3.3 Werden Deutsche zur Minderheit? Die Ausländer
4. *Der Umbau unserer Gesellschaft*
 - 4.1 Kleiner und unterschiedlicher: Die Familien und Haushalte
 - 4.2 Lebenslang: Die Bildung
 - 4.3 Flexibler und selbst organisiert: Die Erwerbstätigkeit
 - 4.4 Gewinner und Verlierer: Die soziale Ungleichheit
 - 4.5 Mehrere Säulen: Die soziale Sicherung
 - 4.6 Die Toleranzprobe: Soziokulturelle Ausdifferenzierung

Literatur

1. Was sich vorhersagen läßt: Einige Vorbemerkungen

Es gab Zeiten und geistige Strömungen, denen die Zukunft menschlichen Zusammenlebens gestaltbar erschien. So standen zum Beispiel Aufklärern des 18. Jahrhunderts, positivistischen Naturwissenschaftlern des 19. Jahrhunderts und Kommunisten des 20. Jahrhunderts klare Ziele gesellschaftlicher Veränderung vor Augen. Die Wege hin zu jenen Zielsetzungen erschienen ihnen nur durch Unwissende und Rückständige versperrt.

Dagegen leben wir heute sicher nicht in der Zeit der großen Utopien und Gestaltungsprogramme. Die Zielsetzungen, die gesellschaftlichen und politischen Bestrebungen derzeit zugrunde liegen, sind vergleichsweise diffus. Das Vertrauen in die umfassende Gestaltbarkeit von Gesellschaft ist gering. Vermutlich deshalb haben derzeit Zukunftsaussagen Konjunktur. Wer nicht weiß, welches Ziel er verfolgen soll und ob er überhaupt eines ansteuern kann, muss interessiert sein an den mehr oder minder zwangsläufig sich ergebenden Entwicklungen, mit denen er in seinem Handeln zu rechnen hat.

Über die Zukunft unserer Gesellschaft und die Möglichkeit, diese vorherzusagen, kursieren sehr unterschiedliche Vorstellungen. Wir finden auf der einen Seite Meinungen, denen alles offen und jede Vorhersage unmöglich erscheint. Auf der anderen Seite denken viele, unsere Zukunft sei vorgezeichnet durch technologische Entwicklungen, Verwertungsgesetze unserer Wirtschaftsordnung etc.

Der folgende Beitrag geht davon aus, dass es durchaus Bereiche gibt, in denen sich fundierte Aussagen über die Zukunft der Gesellschaft in Deutschland machen lassen. Diese Prognosen schließen zum Teil auch Vorhersagen über das künftige Verhalten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Auf manchen Sektoren lässt sich sagen, wohin bestimmte Trends führen werden und welche politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Reaktionen so wünschenswert sind, um nicht zu sagen notwendig, wenn gravierende Nachteile vermieden werden sollen, dass diese Reaktionen und dementsprechende Maßnahmen sehr wahrscheinlich eintreten werden. (Wenn z.B. wegen des Einzugs der geburtenschwachen Jahrgänge in den Arbeitsmarkt in Zukunft mehr Frauen als heute erwerbstätig sein werden, dann werden Veränderungen auf dem Gebiet der Kinderbetreuung und des Schulwesens unerlässlich sein.)

Die folgende Darstellung wird sich auf mehr oder minder gut Vorhersagbares konzentrieren. Das heißt natürlich nicht, dass der soziale Wandel insgesamt prognostizierbar ist. Vieles von dem, was uns die Zukunft bringen wird, bleibt einstweilen unwägbar. Darunter wird es Bereiche geben, wo uns die Zukunft wenig Wahl lassen wird, ohne dass wir dies bislang wissen. Und es wird sicherlich auch Bereiche geben, wo wir Optionen haben, unsere Zukunft so oder anders zu gestalten. Doch von beidem, von den bislang unbekanntem Zwängen und von den vielleicht kommenden künftigen Freiheiten, soll im Folgenden nicht die Rede sein.

Wenn im Folgenden Vorhersagbares dargestellt werden wird, dann heißt das nicht, dass dies alles in gleicher Exaktheit zu prognostizieren ist. Zum Teil liegen vergleichsweise exakte Zahlenangaben vor, teils sind nur Trendaussagen möglich. Aber auch diese minder genauen Abschätzungen erscheinen für die Praxis in Schule, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft oft hilfreicher als eine Sozialwissenschaft, die sich auf die genaue Erforschung der Gegenwart beschränkt.

Ausgehen will ich von *Bevölkerungsprozessen*, das heißt von der Geburtenentwicklung, von der Entwicklung der Sterblichkeit (Lebenserwartung) und von der Zu- bzw. Abwanderung über die Grenzen Deutschlands. Dies geschieht aus drei Gründen.

Erstens sind auf dem Gebiet der Bevölkerung vergleichsweise sichere Voraussagen möglich. Schließlich leben die Leute fast alle schon, die in 20 Jahren Familien gründen und in Betrieben arbeiten werden. Mit diesen Leuten kann man „rechnen“.

Zweitens sind Bevölkerungsprozesse sehr folgenreich. Sie haben entscheidende Konsequenzen für die Familien, das Bildungswesen, die Erwerbstätigkeit, das System sozialer Sicherung und vieles andere mehr.

Drittens kursieren gerade im Hinblick auf künftige Bevölkerungsentwicklungen viele Vermutungen. Sie reichen vom Katastrophenszenario (Die Deutschen sterben aus und mit ihnen die deutsche Sprache und Kultur. Oder: Die Alterung wird unsere Gesellschaft finanziell knebeln.) bis hin zu Heilserwartungen (Die Zuwanderung wird alles richten, auch unsere Rentenprobleme.). Gerade weil mit Blick auf Bevölkerungsbewegungen die Bewertungen so krass, die Hoffnungen und Befürchtungen oft so wenig fundiert sind, sind sachliche Informationen auf diesem Gebiet besonders wichtig.

2. Der Ausgangspunkt: Die Bevölkerung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten

Wer in die Zukunft schauen will, sollte die Vergangenheit und die Gegenwart wenigstens in ihren Grundzügen kennen. Deshalb ist eine Skizze der wichtigsten Entwicklungen hin zu unserer derzeitigen Bevölkerungssituation vielleicht nützlich, mögen diese Gegebenheiten auch vielen bekannt sein.

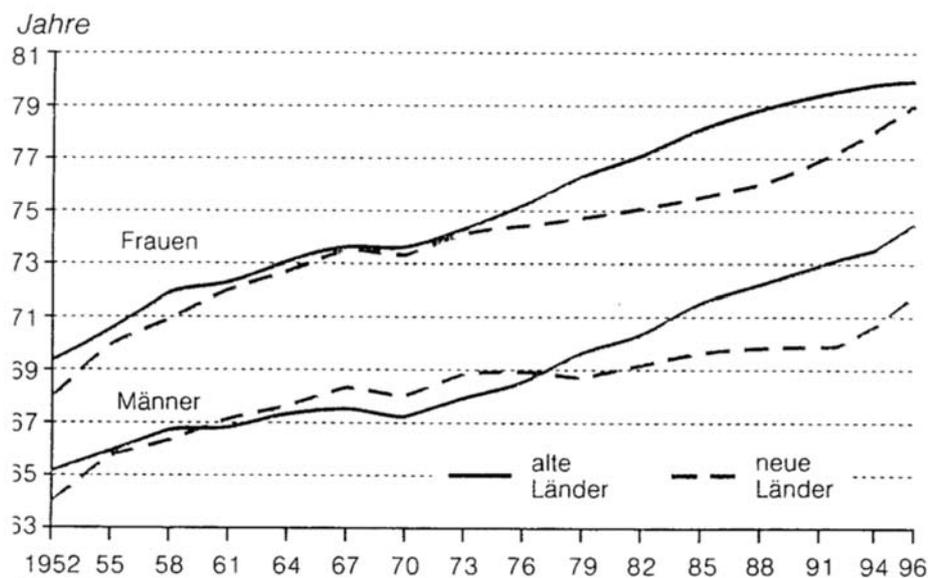
2.1 Wir leben immer länger: Die Sterbefälle

Infolge gestiegenen Wohlstands und der Fortschritte in Medizin, Gesundheitsvorsorge, Hygiene und Unfallverhütung gelang es, die hohe Sterblichkeit der vorindustriellen Gesellschaft in mehreren Phasen zurückzudrängen: Die *Kindersterblichkeit* wurde schon im Laufe des 19. Jahrhunderts entscheidend dezimiert. Die Sterblichkeit im *mittleren* Lebensalter wurde – nicht zuletzt durch die erfolgreiche Bekämpfung der großen Infektionskrankheiten – im Wesentlichen in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgreich bekämpft. Und nach dem 2. Weltkrieg gelang es, die Sterblichkeit im *höheren* Lebensalter erheblich zu mindern (Höhn 1997: 78f). Diese Bekämpfung der Alterskrankheiten ist besonders aufwendig und oft sehr kompliziert. Nur eine technologisch fortgeschrittene und wohlhabende Gesellschaft kann sie bewerkstelligen.

Als Konsequenz ergab sich – wenn wir von den Einbrüchen während der großen Kriege einmal absehen – eine ständig steigende Lebenserwartung. Um das Jahr 1700 hatten Neugeborene durchschnittlich nicht mehr als 28-30 Jahre zu leben. Bei Gründung des Deutschen Reiches 1871 konnten Männer immerhin schon mit 36 und Frauen mit 38 Lebensjahren rechnen. 1998 hatten neugeborene Mädchen in

Deutschland 80 Jahre und Knaben 74 Lebensjahre vor sich. Damit liegt Deutschland im „Mittelfeld“ moderner Gesellschaften.

Abb. 1: Mittlere Lebenserwartung eines Neugeborenen



Quelle: Gans/Kemper 2000, 80

Wenn keine Menschheitskatastrophen eintreten oder in die Wege geleitet werden, wird die Steigerung der Lebenserwartung wie in den letzten Jahrzehnten auch in Zukunft kontinuierlich weitergehen. Von diesem Teilprozess der Bevölkerungsentwicklung sind also kaum Überraschungen zu erwarten.

2.2 Gleichbleibend wenige: Die Geburten

Die Geburtenentwicklung brachte in der jüngeren Vergangenheit abrupte Veränderungen mit sich. Damit ist es jedoch nicht getan. Insbesondere der steile Geburtenrückgang nach dem Zweiten Weltkrieg wird seine eigentlich problematischen Wirkungen erst in Zukunft offenbaren.

Die Bevölkerung einer modernen Gesellschaft bleibt – sieht man von Zuwanderungen ab – in ihrer Größe dann stabil, wenn jede Frau im Durchschnitt etwa 2,1 Kinder zur Welt bringt. Dann ersetzt eine Generation von Töchtern vollständig die Müttergeneration. Ist dies der Fall, so nimmt die „Nettoreproduktionsrate“ (NRR) per definitionem den Wert 1 an.

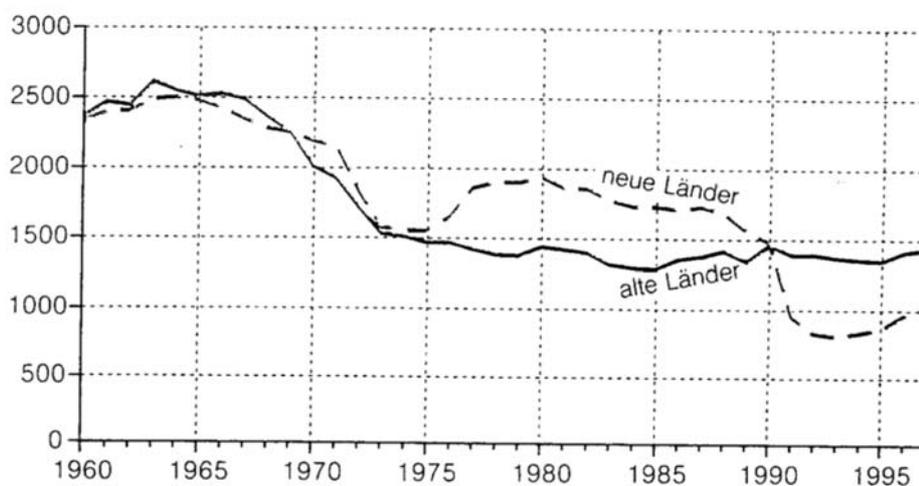
Die Kinderzahlen sind in Deutschland im Zuge der Entwicklung einer industriellen Gesellschaft nach Beginn des 20. Jahrhunderts drastisch zurückgegangen. Die „Selbsterhaltungsrate“ (NRR 1) war in der Zwischenkriegszeit teilweise schon unterschritten.

Nach dem 2. Weltkrieg erhöhte sich in Deutschland die Zahl der Kinder, die jede Frau durchschnittlich zur Welt brachte. Dieser „Baby-Boom“ war auch in fast allen anderen europäischen Ländern und den USA zu beobachten. Bis in die 60er Jahre hinein wuchs die Bevölkerung Deutschlands wieder allein durch die Zahl der Geburten.

Abb. 2: Geburtenraten

Die totale Fertilitätsrate gibt die Zahl der Geburten von 1000 Frauen an

Totale Fertilitätsrate



© Institut für Länderkunde, Leipzig 1999

Quelle: Gans/Kemper 2000, 80

So kamen im Jahre 1965 in Westdeutschland 2,5 Kinder pro Frau zur Welt. Dies waren ca. 1,1 Mio Geburten. Zehn Jahre später, im Jahre 1975, bekam jede Frau in Westdeutschland im Mittel nur noch 1,4 Kinder. Nur noch 0,6 Mio Kinder kamen zur Welt. Dieser zweite säkulare Geburtenrückgang heißt landläufig „Pillenknick“. Von ihm gehen Spätfolgen aus, die in den nächsten Jahrzehnten unsere Gesellschaft gründlich verändern werden. Unter anderem werden wir uns auf andere Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt, im (Weiter-)Bildungswesen, in der Sozialpolitik und in der ethnischen Zusammensetzung unserer Bevölkerung einstellen müssen.

Nach dem „Pillenknick“ blieben die Geburtenraten im Westen Deutschlands im Wesentlichen konstant. Anders als oft dargestellt, tendiert das Verhalten der Menschen also nicht dazu, immer weniger Kinder zur Welt zu bringen. Seit 25 Jahren bekommt jede Frau in Westdeutschland, von kleineren Schwankungen abgesehen, etwa 1,4 Kinder. Dies entspricht einer NRR von etwa 0,65.

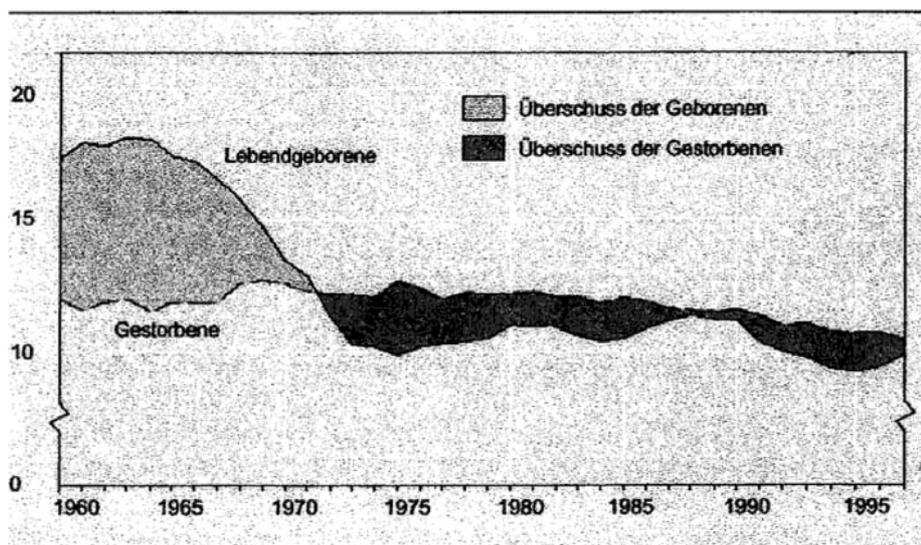
In Ostdeutschland verlief die Entwicklung bis zum Ende des „Pillenknicks“ Mitte der 70er Jahre etwa gleich, dann aber durchaus anders: In den 70er Jahren erhöhten sich die Geburtenraten in der DDR infolge energischer Unterstützungsmaßnahmen für Mütter. Ende der 80er Jahre betrug die NRR in der DDR immerhin

noch 0,75. Nach der Wende erfolgte ein dramatischer Rückgang der Kinderzahlen. Wie in allen Zeiten der Unsicherheit reagierten die Menschen mit Zurückhaltung bei der Familienbildung. (Es mag sein, dass neben diesen negativen Bestimmungsgründen auch positive mitspielten: Die neuen Freiheiten des Reisens und des Konsums ließen viele Menschen das Kinderkriegen erst einmal aufschieben.) Seit Mitte der 90er Jahre kommen allmählich in Ostdeutschland wieder mehr Kinder pro Frau zur Welt. Die Zahlen Westdeutschlands, ganz zu schweigen von jenen der DDR, sind indessen noch nicht erreicht.

Insgesamt, als Mittel zwischen West- und Ostdeutschland, bekommt jede Frau in Deutschland derzeit etwa 1,2 Kinder. Zusammen mit Italien und Spanien ist das die niedrigste Geburtenrate der Welt.

Seit 25 Jahren bringt jede Frau in Westdeutschland also etwa ein Drittel „zu wenig“ Kinder zur Welt, um mittel- und längerfristig die Bevölkerungszahl zu erhalten. Nimmt man Ostdeutschland hinzu, dann waren es in den 90er Jahren mehr als ein Drittel. Trotzdem verzeichnete man in den letzten Jahrzehnten – in absoluten Zahlen gemessen – nur ein geringes Geburtendefizit. So wurden 1998 nur 67 Tausend weniger Geburten (insgesamt 785 Tausend) als Sterbefälle (insgesamt 852 Tausend) gezählt (Stat. Bundesamt 2000 (Hg.), Jahrbuch, 71, 75).

Abb. 3: Lebendgeborene und -gestorbene je 1000 Einwohner

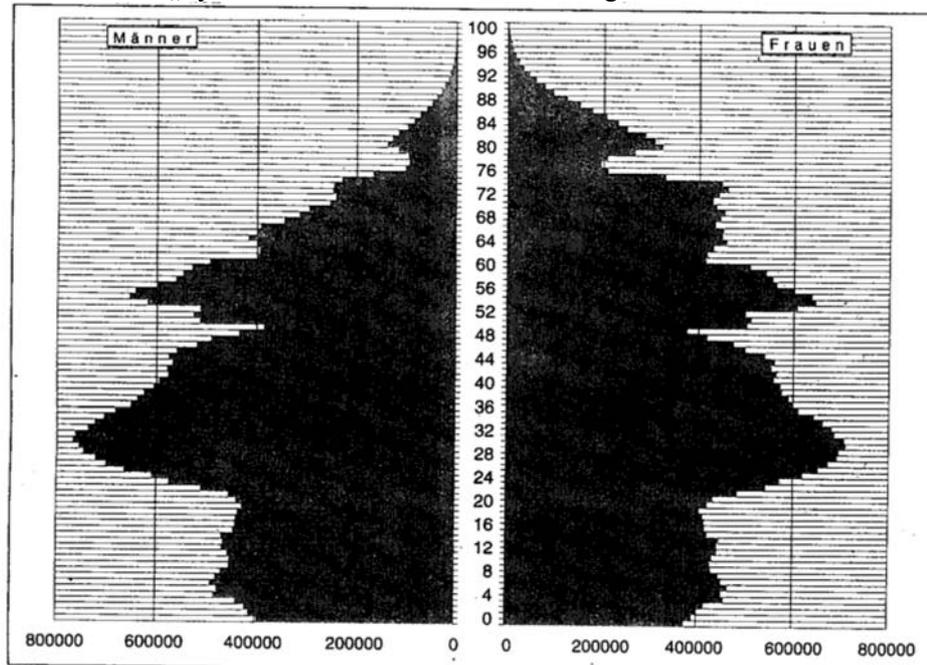


Quelle: Stat. Bundesamt 2000 (Hg.), Datenreport, 29

Der Grund dafür, dass seit den 70er Jahren in Deutschland nur wenig mehr Menschen starben als geboren wurden, liegt hauptsächlich darin, dass die geburtenstarken Jahrgänge im Elteralter waren. Es gab im Vergleich zu anderen Altersgruppen also relativ viele Eltern. Dieser „Altersstruktureffekt“ glich den „Verhaltenseffekt“ der niedrigen Geburtenzahlen pro Frau (bzw. pro Ehe) großenteils aus. Genau diese positive Situation geht nun zu Ende. Wie an der Bevölkerungs-„Pyramide“ deutlich

zu sehen ist, kommen die geburtenschwachen Jahrgänge von nun an Zug um Zug ins Elteralter.

Abb. 4: Alters-„Pyramide“ der deutschen Bevölkerung im Jahr 2000



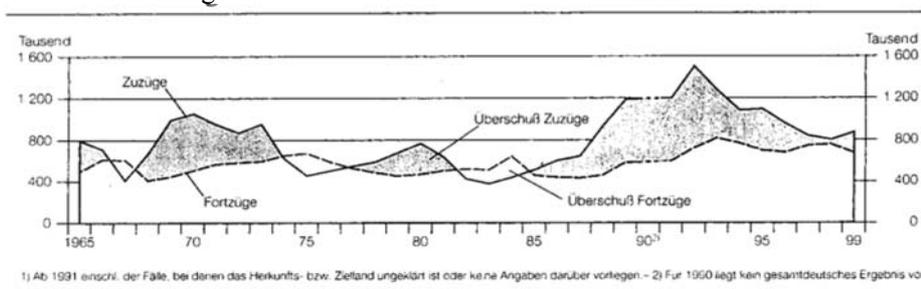
Bevor wir aber den Folgen dieser Entwicklung im Einzelnen nachgehen, noch ein Blick auf den dritten Bevölkerungsprozess, wie er sich in der jüngeren Vergangenheit vollzog:

2.3 Die großen Wellen: Die Zuwanderungen

Die Ein- und Auswanderungen verliefen in den letzten Jahrzehnten sehr wechselhaft. Auch in Zukunft wird dies der interessanteste Bereich der Bevölkerungsprozesse sein.

Die DDR war stets Auswanderungsland. Demgegenüber ist Westdeutschland zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den frühen Jahren 90er Jahren – an absoluten Zahlen gemessen – das größte Zuwanderungsland der Welt nach den USA gewesen. In den 70er Jahren kamen zeitweise gut 0,5 Mio., in den frühen 90er Jahren zeitweise gut 0,6 Mio. mehr Zuwanderer nach Westdeutschland, als Auswanderungen verzeichnet wurden.

Abb. 5: Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland



Quelle: Stat. Bundesamt (Hg.) 2000: Jahrbuch, 80

Im Einzelnen handelte es sich um wenigstens fünf Wellen von Zuwanderern, die nacheinander – und zum Teil zugleich – nach Westdeutschland kamen (vgl. Geißler 2000, 5f.).

1. Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. (Davon kamen ca. 8 Mio nach Westdeutschland, etwa 4 Mio nach Ostdeutschland)
2. Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. (Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961 überquerten gut 3 Mio. die Grenze nach Westdeutschland.)
3. „Gastarbeiter“ aus den Anwerbeländern um das Mittelmeer. (Es blieben bis heute ca. 7 Mio.)
4. Deutschstämmige (Spät-)Aussiedler aus den (ehemals) sozialistischen Ländern. (Es kamen bisher insgesamt gut 4 Mio.)
5. Flüchtlinge und Asylbewerber (Es leben heute ca. 1,2 Mio. in Deutschland).

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ist die Zuwanderung im Laufe der 90er Jahre per saldo fast zum Stillstand gekommen. Einerseits wandern anhaltend viele Menschen aus (1998: 0,75 Mio.), andererseits kommen immer weniger Zuwanderer (1998: nur noch 0,8 Mio.; Stat. Bundesamt (Hg.): Jahrbuch 2000, 80). Dieser Rückgang vollzog sich u.a. wegen Grundgesetzänderungen („sichere Drittstaaten-Regelung“) und des geringeren Abwanderungsdrucks Deutschstämmiger aus den ehem. sozialistischen Gesellschaften. Was die aktuellen Ein- und Auswanderungen betrifft, so kann man Deutschland derzeit kaum noch als Einwanderungsland bezeichnen.

3. Die Bevölkerung der Zukunft

3.1 Sterben die Deutschen aus? Die Bevölkerung insgesamt

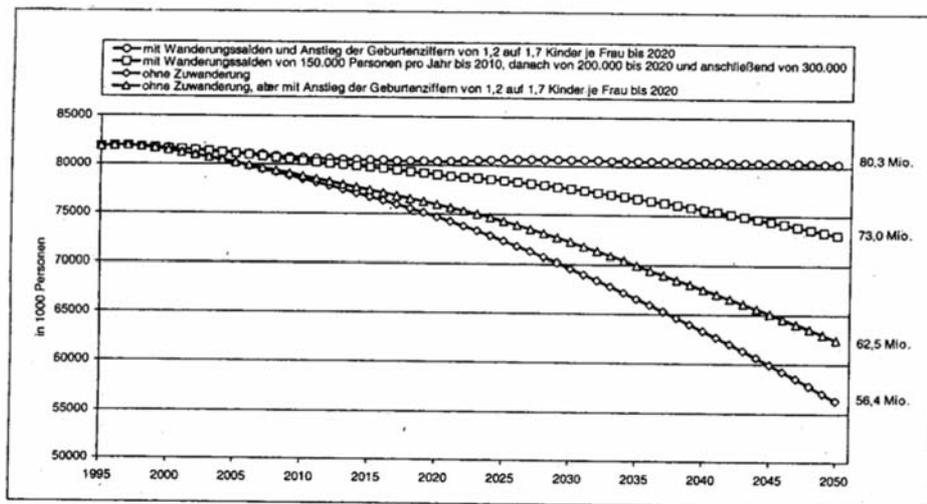
Kehren wir zurück zu den Geburten. Der „Altersstruktureffekt“, der bislang das absolute Geburtendefizit in Grenzen hielt, geht derzeit zu Ende. Die geburtenschwachen Jahrgänge rücken ins Elternalter ein. Es wird also in Zukunft nicht viele, sondern relativ wenige Eltern aus der inländischen Bevölkerung geben. Die anhaltend niedrige – und in Ostdeutschland nach der Wende nochmals drastisch gesunkene – Geburtenzahl (pro Frau) fällt in den kommenden Jahren zusammen mit einer we-

sentlich niedrigeren Elternzahl. Der „Altersstruktur-“ und der „Verhaltenseffekt“ werden also nicht länger gegeneinander, sondern in die gleiche Richtung wirken: Die Zahl der Geburten wird sinken und deutlich unter der der Sterbefälle liegen.

Was ist aber, wenn künftig mehr Kinder als heute zur Welt kommen? Die Familie steht schließlich derzeit hoch im Kurs. Wird sich auch dann ein Geburtendefizit einstellen? Die Antwort ist klar: Auch eine sofortige Erhöhung der Kinderzahlen pro Frau würde kaum etwas ändern. Die wenigen anstehenden Eltern müssten im Durchschnitt so viele Kinder bekommen – Berechnungen kamen auf bis zu 8 Kinder pro Frau – um ein Geburtendefizit zu vermeiden, dass diese Möglichkeit bei realistischer Betrachtung ausscheidet. Die Bevölkerungswissenschaft ist sich im Gegenteil darin einig, dass kurzfristig überhaupt keine nennenswerte Erhöhung des Geburtenniveaus zu erwarten ist. Allenfalls in Ostdeutschland werden die nach der Wende stark gesunkenen Kinderzahlen pro Frau in absehbarer Zeit wieder das westdeutsche Niveau von ca. 1,4 Kindern pro Frau erreichen. (Dies schließt nicht aus, dass mittelfristig eine moderate Erhöhung der Kinderzahlen möglich und wünschenswert ist; s.u.)

Eine Folge erscheint offensichtlich: Wenn mehr Menschen sterben, als geboren werden, wird die Bevölkerungszahl Deutschlands sinken. In der Tat würde die Bevölkerung Deutschlands bis 2050 um ca. 25 Mio. Menschen abnehmen, wenn ab sofort keine Zuwanderungen und keine Erhöhungen der Geburtenrate erfolgten. Die Deutschen würden dann bis 2050 zwar nicht aussterben, aber um ein gutes Viertel weniger werden.

Abb. 6: Bevölkerungspfade bis 2050

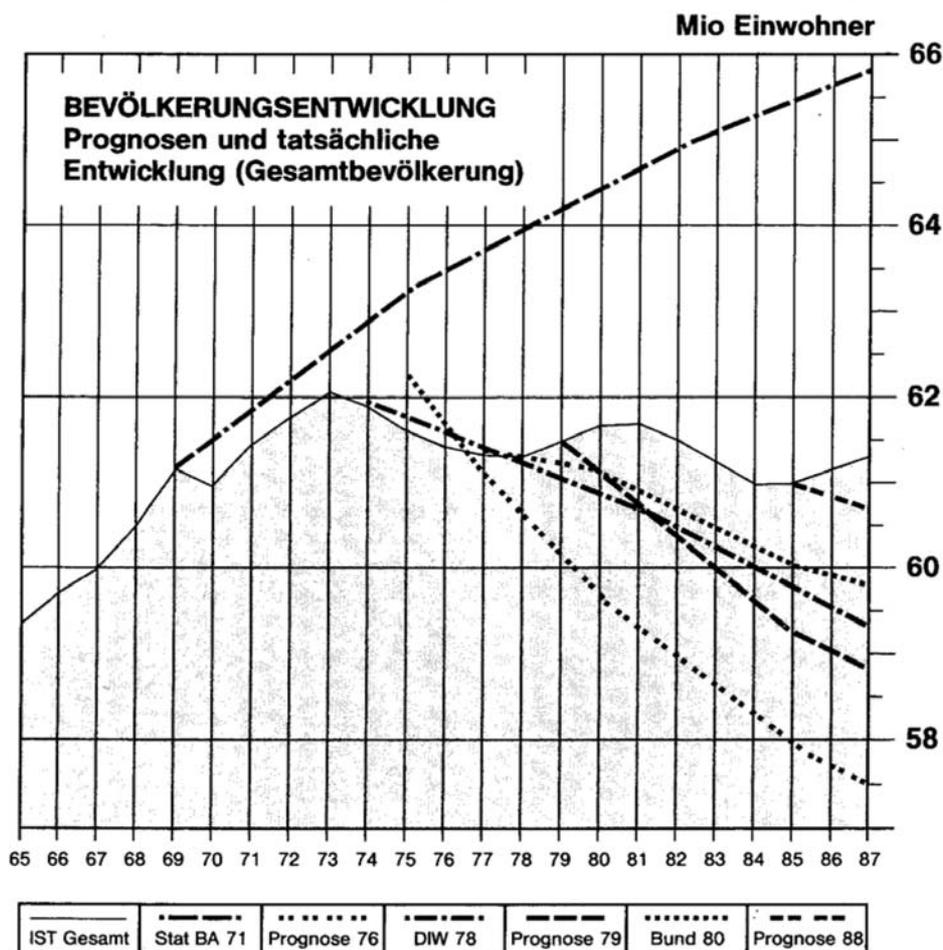


Quelle: Hof 2001, 23

Dass ab sofort keine Menschen mehr nach Deutschland einwandern, ist jedoch nicht anzunehmen. Legt man realistische Zuwanderungsraten zu Grunde, dann wird die Bevölkerung in weit geringerem Ausmaß als um 25 Mio. zurückgehen: Bei einer jährlichen Netto-Zuwanderung von ca. 250 Tausend Menschen würde die Bevölkerung Deutschlands bis 2040 auf etwa 75 Mio. (Dt. Bundestag 1998, 127) und

bis 2050 auf ca. 67 Mio. Menschen (Birg 1997, 69) sinken. Auch wenn wir eine allmähliche Ausweitung der Zuwanderung unterstellen, zunächst jährlich 150 Tausend, dann jährlich 200 Tausend bis schließlich hin zu jährlich 300 Tausend Zuwanderer nach Abzug der Wegziehenden, dann wird die Bevölkerung bis 2050 in ähnlichem Ausmaß zurückgehen, nämlich bis 2050 um ca. 9 Mio. Menschen.

Abb. 7: Bevölkerungsentwicklung. Prognosen und tatsächliche Entwicklung



Quelle: Monschaw/Rudolf, zit. n. Wagner 1989, 17

Wenn wir hierzu noch einkalkulieren, dass in den nächsten Jahrzehnten jede Frau in Deutschland länger nicht nur 1,2 Kinder, sondern – nach einer Stabilisierung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland und einer Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen zum Zweck der Einbeziehung von mehr Frauen ins Erwerbsleben (s.u.) – wie in England und in Frankreich ca. 1,7 Kinder zur Welt bringen wird, dann wird die Bevölkerungszahl in Deutschland sogar stabil bleiben.

Derzeit machen zahlreiche, auch amtliche Prognosen die Runde, nach denen die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten stark zurückgehen wird. Diese Vorausschau erinnern an jene der 70er und 80er Jahre. Auch damals haben die maßgebenden Prognosen ein Schrumpfen der Bevölkerung vorausgesagt. Hauptsächlich in Folge der Zuwanderung, von der die Prognostiker damals nichts oder zu wenig wissen wollten, blieb die Bevölkerung Westdeutschlands jedoch bis in die 90er Jahre hinein stabil. Fast alle Prognosen lagen daneben. Dies wird m.E. auch in den nächsten Jahrzehnten so sein.

Einerlei, ob die Bevölkerungszahl in Deutschland nun stabil bleibt oder in den nächsten 50 Jahren um ein Zehntel zurückgehen wird, ein Sinken der Bevölkerungszahl an sich wird nach allgemeiner Einschätzung der Fachleute kaum problematische Folgen haben.

3.2 Eine Gesellschaft von Greisen? Die Altersstruktur

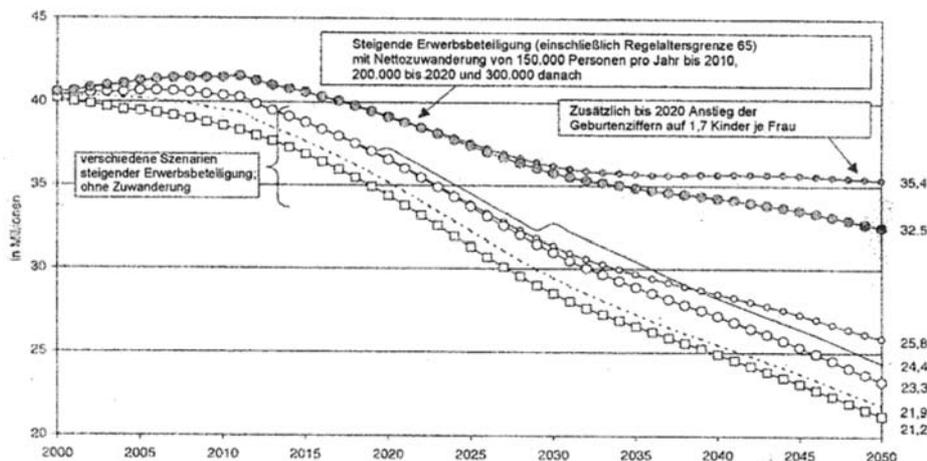
Dies ist ganz anders im Falle der *Altersstruktur*. Die Verwerfung zwischen den geburtenstarken und den geburtenschwachen Jahrgängen, die sich bald im Erwachsenenalter bemerkbar machen wird, wird uns viel mehr zu schaffen machen als der bloße Bevölkerungsrückgang. Dies gilt vor allem für das Einrücken der geburtenschwachen Jahrgänge in das Erwerbsleben. Bald werden, sollten keine Zuwanderer zu uns kommen, jährlich nur noch gut halb so viele Personen ins Erwerbsleben kommen wie noch vor Kurzem.

Dies wird unter anderem zu vier Problemen führen:

(1) *Die Erwerbstätigen werden im Durchschnitt immer älter werden.* Die Erstausbildung von immer mehr Arbeitenden wird immer länger zurückliegen. Erfahrung wird zum reichlich vorhandenen Gut werden. Es wird jedoch meist bezweifelt, dass der Erfahrungsvorsprung der immer größeren Zahl älterer Arbeitender deren relativ geringe Anpassungs- und Mobilitätsbereitschaft ausgleichen wird. Frisch erworbenes Wissen dagegen wird knapp werden. Dies wird angesichts eines schnellen technischen und ökonomischen Wandels Qualifikationsrückstände auf breiter Front hervorrufen. Eine Reaktion läßt sich leicht voraussehen: Immer ausgedehntere Weiterbildungsmaßnahmen werden notwendig werden.

(2) *Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (zwischen 15 und 65 Jahren) wird zurückgehen.* Dies hat krasse Folgen auf dem Arbeitsmarkt: Nimmt man modellhaft an, es würden ab sofort 50 Jahre lang nicht mehr Einwanderer zu uns kommen als Auswanderer fortziehen und der Anteil der Erwerbspersonen unter den Menschen im erwerbsfähigen Alter bliebe so hoch, wie er heute ist, dann würden wir bis 2050 volle 20 Mio. Erwerbspersonen verlieren. Der schwindende Nachwuchs würde uns nach und nach fast die Hälfte unserer heutigen Erwerbspersonen kosten (vgl. die untere Linie in Abb. 8). Arbeitskräfte würden auf breiter Front fehlen. Auch wesentliche Wirtschaftsleistungen würden nicht mehr erbracht werden können, von den Zahlungen an die Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung ganz zu schweigen.

Abb. 8: Szenarien zum Erwerbspersonenangebot in Deutschland 2000 bis 2050



Quelle: Hof 2001, 25

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass dieses Katastrophen-Szenario Realität wird. Denn es gibt im Wesentlichen vier Maßnahmen, ihm entgegenzuwirken. Und alle vier werden wohl Anwendung finden:

1. Wir beginnen früher zu arbeiten. Die Ausbildungszeiten werden kürzer werden.
2. Wir gehen später in Rente.
3. Mehr Frauen als heute werden erwerbstätig sein.
(Diese drei Faktoren laufen alle darauf hinaus, den Grad zu erhöhen, indem sich die in Deutschland vorhandene Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tatsächlich am Erwerbsleben beteiligt.)
4. Arbeitsmigranten erhöhen die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Alle diese Gegenmaßnahmen gibt es nicht zum Nulltarif. Sollen sie in positivem Sinne wirksam werden und nicht negative Auswirkungen in großem Ausmaß hervorrufen, werden sie mit weiteren, zum Teil sehr aufwendigen Maßnahmen flankiert werden müssen. Diese werden unsere Gesellschaft in weiten Bereichen verändern.

Zu 1: Kürzere Ausbildungszeiten erfordern u.a. sehr viel besser ausgestattete Schulen und Hochschulen. Wir werden uns dann auch nicht mehr leisten können, dass ein Großteil aller Studierenden „Teilzeit-Studierende“ sind, weil sie nebenbei ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.

Zu 2: Relativ unproblematisch ist der Abbau der noch vor wenigen Jahren sehr häufigen Frühverrentungen. Er ist derzeit in vollem Gange. Vielfach diente der vorzeitige Rentenbeginn im Grunde nur der Entlastung des Arbeitsmarktes und bewirkte, dass das durchschnittliche Alter des Rentenbeginns in Deutschland nicht bei der gesetzlichen Altersgrenze von 65, sondern zeitweise bei 58 Jahren lag. Auch die Anhebung der Regelaltersgrenze von Frauen auf 65 Jahre ist ja bereits Gesetz und trägt schon dazu bei, den Anteil der Erwerbspersonen an den Personen im erwerbsfähigen Alter zu steigern.

Aber es stehen weitere Maßnahmen zur Debatte: Ein späterer gesetzlicher Beginn der Rentenzeit, zum Beispiel die Verschiebung des Rentenbeginns auf das 67. Lebensjahr, ist derzeit in der politischen Diskussion sehr beliebt, vor allem bei den öffentlichen Kassenwarten und den Rentenfachleuten. Das ist kein Wunder. Denn jedes Jahr, das ein Erwerbstätiger in Zukunft länger arbeiten wird, zählt doppelt. Es lindert zum einen den kommenden Mangel an Arbeitskräften und erspart zum anderen ein Jahr Rentenzahlung. Dennoch ist diese Maßnahme teuer und bleibt gleichwohl problematisch. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit verstärkt die o.a. Alterung der Erwerbstätigen nochmals. Damit steigen auch die Weiterbildungskosten. Und es erhebt sich die Frage, inwieweit Weiterbildung in recht hohem Lebensalter erfolgreich ist. Insbesondere die Arbeitgeber haben hier Vorbehalte. Aber auch die Arbeitnehmer haben Einwände: Offensichtlich widerspricht die Erwartungshaltung der meisten Menschen in modernen Gesellschaften, fast das letzte Lebensdrittel frei von Erwerbsarbeit zu genießen, einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Zu 3: Immer mehr Frauen wollen erwerbstätig sein. Ohne begleitende Maßnahmen (ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztageseschulen etc.) wird aber die Realisierung dieser Wünsche die schon ohnehin großen Schwierigkeiten von Frauen vermehren, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Wenn diese Begleitmaßnahmen unterbleiben, ist ein Sinken der Kinderzahlen und nicht deren erwünschte Steigerung absehbar. Die Vorteile einer höheren Erwerbsquote von Frauen werden so längerfristig wieder zunichte gemacht.

Zu 4: Moderne Volkswirtschaften brauchen kaum mehr „Gastarbeiter“, sondern qualifizierte Arbeitnehmer, vor allem im Bereich der Humandienstleistungen. Im Rahmen einer neuen Arbeitsmigration gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten, an diese Arbeitskräfte zu kommen. Zum einen können fertig ausgebildete Fachleute nach Deutschland kommen. Zum anderen können sie hier ausgebildet werden.

Die erste Lösung, die in Form der „green-card“-Maßnahme sehr bekannt geworden ist, mag auf kurze Sicht viele Vorteile versprechen. Es liegt nahe, z.B. fertig ausgebildete Ingenieure zu „importieren“ und entsprechende Ausbildungskosten zu sparen. Dennoch ist die Zuwanderung ausgebildeter Fachleute als generelle Maßnahme skeptisch zu betrachten. Denn ein ständiger „brain drain“ schafft auf mittlere und längere Sicht schwierige Folgeprobleme. Er hemmt die Heimatländer der Kommenden in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Damit werden aber auch Wirtschafts-, insbesondere Handelsbeziehungen und darüber hinaus auch das gesellschaftliche und politische Verhältnis zwischen diesen Entsendeländern und Deutschland erschwert.

Die zweite Lösung ist langfristig schadloser, erfordert aber Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (auch) für Arbeitsmigranten in großem, bislang hierzulande nicht gekanntem Stil. Auch sollten die so vermittelten sprachlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Qualifikationen hier langfristig eingesetzt werden. Infolgedessen kommt in Zukunft nur eine Integration der Arbeitsmigranten auf Dauer und nicht mehr eine Rotation in Frage. Noch in den 70er bis 90er Jahren kamen auf 100 Zuwanderer im Schnitt 80 Abwanderer (Hof 2001, 28). Wir brauchen also umfassende, nachhaltige Integrationsmaßnahmen auch im Bereich der Kultur, der Wohnungen, des Rechts, der Schule etc., um eine neue Arbeitsmigration erfolgreich zu machen.

Beide Lösungen setzen voraus, dass eine Auswahl unter den Zuwanderungswilligen getroffen wird. Alter, Gesundheitszustand und (Aus-)Bildung(sfähigkeit) wer-

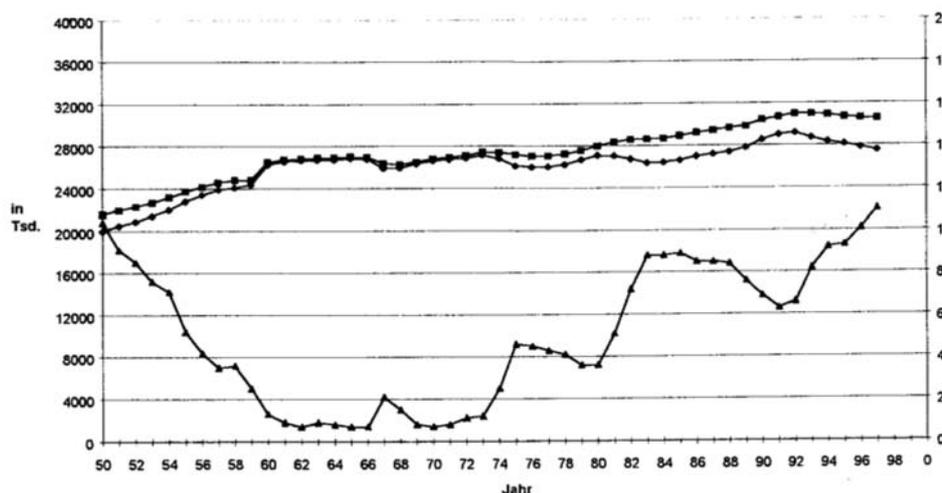
den dabei sicher eine Rolle spielen. Gelegentlich wird argumentiert, dass solche „Selektionen“ unmenschlich seien. Unter verantwortungsethischen Gesichtspunkten wird sich das Gegenteil als richtig erweisen. Es entspricht den Interessen sowohl der Einwanderer als auch der Einheimischen, dass eine Integration der Kommenden wahrscheinlich ist, und hierzu dienen Auswahlkriterien. Massenhaft misslungene Integration würde Konflikte, Armut und massenhaft gescheiterte Biographien nach sich ziehen.

In diesem Zusammenhang wird ein generelles Umdenken notwendig werden. Die Öffentlichkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten daran gewöhnt, mit dem Begriff „Zuwanderung“ den Gedanken an eine moralische Verpflichtung zu verbinden, Menschen in Not bei uns aufzunehmen. Hingegen galten jene als „Wirtschaftsflüchtlinge“, die unser System der sozialen Sicherung mißbrauchten. Wir werden uns an den Gedanken gewöhnen müssen, dass Menschen in Zukunft auch aus wirtschaftlichem Eigeninteresse zu uns kommen, weil auch wir wirtschaftliche Eigeninteressen an ihrem Kommen haben. Und wir werden uns auch auf dem Gebiet der Migration damit vertraut machen, dass wechselseitige Eigeninteressen nichts Verwerfliches an sich haben müssen.

Insgesamt machen die vier eben skizzierten Maßnahmen also ganz erhebliche „Umbaumaßnahmen“ unserer Gesellschaft erforderlich. Gleichwohl führt aller Voraussicht nach kein Weg daran vorbei, alle vier genannten Wege zugleich zu beschreiten, also auch Zuwanderung in die Wege zu leiten. Legt man nämlich realistische Werte bezüglich Ausmaß und Beginn der ersten drei Maßnahmen (längere Lebensarbeitszeit durch kürzere Ausbildung, späterer Rentenbeginn, mehr Frauenerwerbstätigkeit) zugrunde, so wird deutlich, dass wir dadurch zwar bis 2010 keine Erwerbspersonen verlieren, aber danach ca. 16 Mio. Arbeitende einbüßen (siehe Abb. 8). Das ist mehr als ein Drittel aller Erwerbspersonen, die es derzeit in Deutschland gibt. Dies zeigt, dass die ersten drei Maßnahmen, die auf eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit in der Bevölkerung hinauslaufen, nicht ausreichen werden. Wir werden spätestens ab 2010 auch Arbeitsmigranten brauchen. Von diesem Zeitpunkt an wird eine neue Arbeitsmigration die einzig zureichende Maßnahme sein, drastischem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Nehmen wir an, dass sich neben den Erwerbsquoten auch die Zuwanderung langsam steigern wird (zunächst jährlich 150 Tausend Migranten, dann jährlich 200 Tausend bis schließlich hin zu jährlich 300 Tausend Netto-Zuwanderer; s.o.), so gewinnen wir bis 2010 einige Arbeitskräfte und verlieren danach bis zum Jahr 2050 „nur“ etwa 8 Mio., also etwa ein Fünftel der heutigen (siehe Abb. 8). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen mehrere Studien (vgl. IAB 1999: Nr. 4).

Derzeit finden sich auf dem Arbeitsmarkt auf weiten Feldern „zu viele“ und in kleinen Bereichen „zu wenige“ Arbeitskräfte. Die Zahl der Arbeitslosen liegt noch immer bei 3,8 Mio. Menschen. Ob und wann die schrumpfende Zahl von Erwerbspersonen Arbeitskräfte knapp werden läßt, ist daher nicht nur vom Ausmaß der o.a. zu treffenden Maßnahmen abhängig, sondern auch von der Zahl der *Arbeitslosen*, die künftig wieder erwerbstätig sein werden, und vor allem von der künftigen Zahl der zur Verfügung stehenden *Arbeitsplätze*. Sollten nämlich Arbeitsplätze in ähnlichem Ausmaß wegfallen wie Arbeitskräfte, so entstünden zwar wirtschaftliche Probleme, aber kein Mangel an Arbeitskräften.

Abb. 9: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Arbeitslose in Westdeutschland



Hradil 2001, Kap. 5.2.2

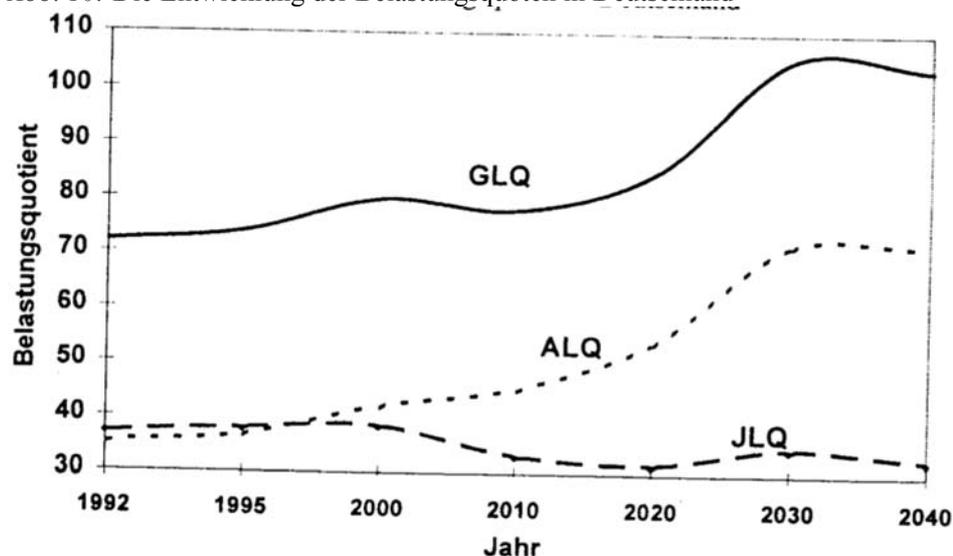
Ein Wegfall so vieler Arbeitsplätze ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Zwar ist in der Öffentlichkeit die Meinung weit verbreitet, die Zahl der Arbeitsplätze schrumpfe anhaltend. Die Rationalisierung durch neue Technologien vernichte immer mehr Arbeitsplätze. Dies ist aber so nicht richtig. Bis 1992 wuchs im Gegenteil in Westdeutschland die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze. Wenn trotzdem immer mehr Menschen arbeitslos wurden, dann deshalb, weil noch viel mehr Menschen einen Arbeitsplatz suchten, als Stellen geschaffen wurden. Denn Zuwanderer, Frauen und vor allem die geburtenstarken Jahrgänge drängten auf den Arbeitsmarkt. 1992 bis 1998 sank die Zahl der Arbeitsplätze in Westdeutschland in der Tat um ca. 3,5%. Seit 1998 werden jedoch wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen als wegfielen. Richtig ist, dass im Landwirtschaftssektor, in der Produktion und im Bereich der sachbezogenen Dienstleistungen (Verwaltung etc.) laufend per saldo Arbeitsplätze wegfallen. Richtig ist aber auch, dass im Bereich der menschenbezogenen Dienstleistungen (Heilen, Helfen, Beraten, Werben, Lehren, Forschen etc.) ständig mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als verloren gehen.

Unterstellt man modellhaft, dass die Zahl der Arbeitsplätze in den kommenden Jahrzehnten mindestens gleich bleiben wird – bei geeigneter Wirtschafts- und Arbeitszeitpolitik ist diese Annahme nicht unrealistisch – und dass im Laufe der Zeit alle Vermittelbaren unter den derzeit Arbeitslosen eine Erwerbsarbeit gefunden haben werden, so werden bald nach dem Jahre 2010 Arbeitskräfte in größerem Umfang knapp werden. Auch bei längerer Lebensarbeitszeit, mehr Frauenerwerbstätigkeit und einer neuen Arbeitsmigration (s.o.) wird Arbeitskräftemangel die Regel werden. Dazu ist der Rückgang des Reservoirs an Erwerbspersonen einfach zu groß. Vor allem im Bereich der neuen Technologien und der hochqualifizierten Dienstleistungen werden nach 2010 zu wenige Arbeitskräfte vorhanden sein. Dies schließt nicht aus, dass gleichzeitig Arbeitslosigkeit anhalten wird. Hauptsächlich im Bereich der gering qualifizierten Arbeit wird ein stetig sinkendes Angebot an

Arbeitsplätzen die Nachfrage übersteigen. Es steht also ein Nebeneinander von Arbeitskräftemangel und Arbeitslosigkeit bevor.

(3) Eine dritte problematische Folge des Einzugs der geburtenschwachen Jahrgänge ins Erwerbsleben wird sein, dass *immer weniger Menschen Beiträge für Sozialleistungen zahlen können*. Grundlegend hierfür ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (hier: 20 bis 60 Jahre) einerseits und der Zahl von Kindern und Jugendlichen (bis 19 Jahre) sowie der Zahl der Menschen im Rentenalter (ab 60 Jahre) andererseits. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter kommt („Jugendquotient“) wird in den kommenden Jahrzehnten von derzeit knapp 40 geringfügig zurückgehen. Die Zahl der Menschen im Rentenalter, die auf 100 Erwerbsfähige entfällt („Altenquotient“), wird sich bis 2015/2020 nur wenig erhöhen (auf gut 40), dann bis 2030 aber drastisch (selbst bei jährlich 200 bis 300 Tausend Zuwanderern auf ca. 60) steigen. Dementsprechend wird im Jahre 2030 eine erwerbsfähige Person für mehr als eine weitere aufkommen müssen („Gesamtquotient“) (Birg 1997: 83; Dt. Bundestag 1998: 132).

Abb. 10: Die Entwicklung der Belastungsquoten in Deutschland



Quelle: Loy 1997, 32

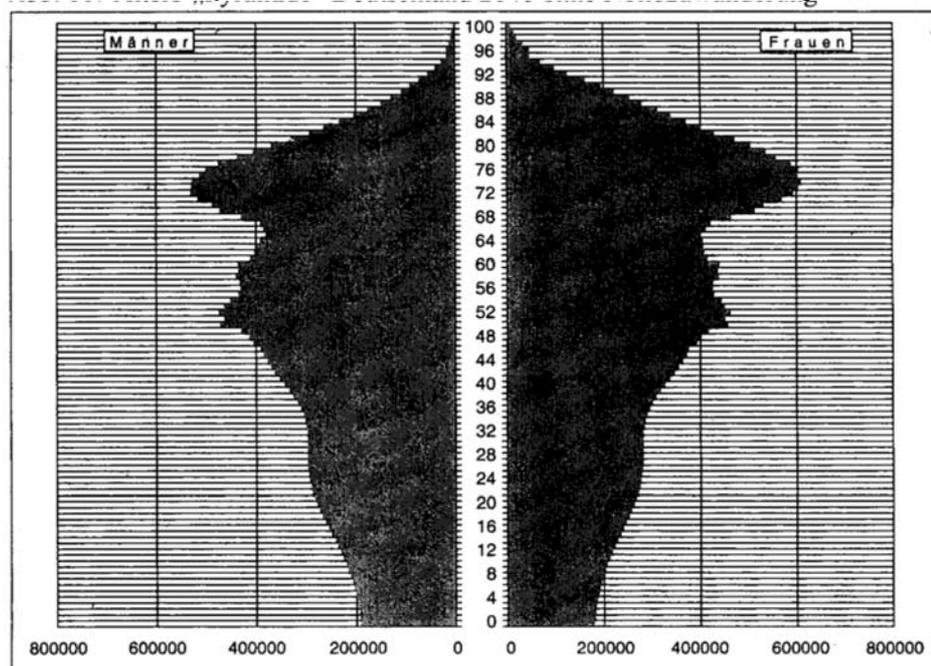
Wenn das System der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung in Deutschland so erhalten bliebe, wie es im Jahre 2001 bestand, dann würden infolge der Verschiebungen der Altersstruktur der Bevölkerung die Arbeitnehmer-Beiträge der Rentenversicherung von ca. 20% auf etwa 26-28% im Jahre 2030 steigen. Die Arbeitnehmerbeiträge der Kranken- plus Pflegeversicherung würden von ca. 15% auf ungefähr 20% angehoben werden müssen. Dies ist auch dann der Fall, wenn die oben vorausgesagten Erhöhungen der Erwerbsquoten (infolge längerer Lebensarbeitszeit und mehr Frauenerwerbstätigkeit) und die neue Arbeitsmigration Wirklichkeit werden. Ohne Zuwanderungen würden die dargestellten Beitragssteigerungen noch um 3 Prozentpunkte höher ausfallen (Loy 1997).

Die genannten Beitragserhöhungen erscheinen untragbar. Folglich sind Änderungen im System der Gesundheits- und Rentenversorgung unvermeidlich. Die Ergänzung der Rentenversicherung um eine private Altersvorsorge ist ja bereits beschlossene Sache.

(4) Als letzte Folge des Einzugs der geburtenschwachen Jahrgänge in das Erwachsenenalter und die Erwerbstätigkeit soll *die Alterung in engerem Sinne* erwähnt werden. Hierunter versteht man die Zunahme des Bevölkerungsanteils älterer Menschen (über 60 Jahre), Hochaltriger (über 70 Jahre) und Hochbetagter (über 80 Jahre alt).

Die Alterung wird bis etwa zum Jahre 2020 wie bisher nur langsam zunehmen, von da an aber dramatisch in die Höhe gehen und 2030 bis 2040 ihren Höhepunkt erreichen. Zu diesem Zeitpunkt werden die geburtenstarken Jahrgänge alle im Renten- und die geburtenschwachen alle im Erwerbsalter sein.

Abb. 11: Alters-„Pyramide“ Deutschland 2040 ohne Nettozuwanderung



Quelle: Hof 2001, 22

Selbst wenn man die oben zugrunde gelegten, sich langsam steigernden Zuwanderungsraten (im Schnitt gut 200.000 netto pro Jahr) einrechnet, so wird der Bevölkerungsanteil der über 60-Jährigen von 21% im Jahre 2000 auf 30% im Jahre 2030 gestiegen sein. Der Bevölkerungsanteil der Hochaltrigen wird 2035 von 4% auf 12% zugenommen haben (Dt. Bundestag 1998, 131). Die Zuwanderungen ändern hieran erstaunlich wenig.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wird derzeit, auch in Deutschland, eine Generation nahezu geschlossen alt. Neu für unsere Gesellschaft wird dabei

insbesondere sein, dass Hochaltrige und Hochbetagte, Menschen die bislang eher seltene Ausnahmen waren und auch so wahrgenommen wurden, zu einer unübersehbaren „Sozialfigur“ werden. Sie werden nennenswerte Bevölkerungsanteile ausmachen.

Die Alterung wird den gesamten Charakter unserer Gesellschaft beeinflussen, aber auch ganz besondere Belastungen für unser System der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung mit sich bringen. Man rechnet damit, dass die Kosten für Krankheit und Pflege direkt proportional mit dem Bevölkerungsanteil der Hochaltrigen und Hochbetagten steigen werden. Allein auf Grund der demographischen Veränderungen ist von einem Anstieg der Pflegebedürftigen bis 2030 um ca. ein Drittel gegenüber Mitte der 90er Jahre auszugehen (Naegele 1997, 159). Unsere Gesellschaft wird gut daran tun, aber wohl auch nicht anders können, als manche Aufmerksamkeit, Hilfe und Pflege informellen Diensten zu überantworten. Menschlicher und billiger zugleich als Altenheime, Krankenhäuser und Pflegeheime wird es sein, Netzwerke zu stärken. Dabei können geeignete Wohnformen, Nachbarschaften und Selbsthilfe- und Hilfegruppierungen durchaus mit öffentlicher Unterstützung einher gehen.

Häufig wird argumentiert, dass die Alterung nicht gar so gravierende Auswirkungen haben werde, weil die nachrückenden Kohorten gleichen Alters infolge des medizinischen Fortschritts gesünder und weniger hilfs- bzw. pflegebedürftig als die heutigen sein werden. Deswegen – so wird gesagt – werden auch die Belastungen geringer ausfallen. Dieses Argument ist zwar richtig. Aber die wachsende Gesundheit z.B. der 70-Jährigen wird durch die steigende Lebenserwartung, die überwiegend aus Krankheit besteht, mehr als kompensiert werden. Prognosen aus den USA gehen davon aus, dass für jedes „gute, gesunde“ Jahr der Lebensverlängerung im Alter etwa dreieinhalb kranke dazu kommen werden (Baltes/Baltes, zit. n. Naegele 1997, 161).

Umfassende Vorbereitungen auf die kommende Steigerung der Alterung im engeren Sinne sind nicht nur wegen der ungünstigeren Altersstruktur, sondern auch deshalb unerlässlich, weil die bisherigen familiären Hilfeleistungen zurückgehen werden. Bis heute werden zum Beispiel fast drei Viertel aller zu Pflegenden zu Hause versorgt. Die Zunahme von Singles und von kinderlosen Haushalten sowie von erwerbstätigen Frauen wird dieses Ausmaß von Hilfestellungen innerhalb der Familie immer weniger möglich machen.

In der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, die Alterung werde sich ständig weiter steigern. Dies ist nicht richtig. Nach 2040, wenn auch die Mitglieder der geburtenstarken Jahrgänge nach und nach nicht mehr am Leben sein werden, wird die Altersstruktur wieder zurückgehen. Die krassen Verwerfungen innerhalb der Altersstruktur, die uns in den nächsten vier bis fünf Jahrzehnten so zu schaffen machen werden, werden allmählich nachlassen. Dies läßt sich im unteren und im mittleren Bereich der Alters-„Pyramide“ für das Jahr 2040 deutlich ablesen (vgl. Abb. 11).

3.3 Werden Deutsche zur Minderheit? Die Ausländer

Blickt man auf die o.a. Darstellungen zur künftigen Bevölkerungszahl und Altersstruktur zurück, so wird erkennbar, dass Arbeitsmigration in Zukunft notwendig werden wird. Es sollte jedoch festgehalten werden, dass durch Zuwanderung nur der vergleichsweise unproblematische Rückgang der Bevölkerungszahl insgesamt

vermieden werden kann. Die Verschiebung der Altersstruktur und die damit einhergehenden erheblichen Probleme lassen sich durch Zuwanderung nur etwas mindern, keinesfalls völlig beheben. Arbeitsmigranten können die Alterung der Erwerbstätigen und den Mangel an Erwerbspersonen, das Fehlen von Beitragszahlern für soziale Sicherungen sowie die Zunahme der Hochaltrigen und Hochbetagten nur begrenzt ausgleichen. Es bedürfte geradezu astronomischer Zuwanderungsraten, um eine Egalisierung der Altersstruktur herzustellen bzw. um Erhöhungen von Rentenzahlungen innerhalb des 2001 bestehenden Systems völlig zu vermeiden. Hierzu müssten in der Spitze mehr als 5 Mio. Menschen pro Jahr einwandern, dies aber in großen Schwankungen von Jahr zu Jahr (Loy 1997, 13). Diese Menge und Unstetigkeit von Einwanderungen kann wohl keine Gesellschaft verkraften.

Geht man von den oben erwähnten Zuwanderungen aus, so ist damit bekannt, wie viele Menschen aus dem Ausland zu uns kommen werden, um Arbeit zu finden: Im Schnitt der nächsten Jahrzehnte etwa 200 bis 250 Tausend, davon bis 2010 relativ wenige, von da an in steigendem Maße. Wir wissen auch, dass sie mehrheitlich wohl lange bleiben werden. Wie viele „Ausländer“ dann aber in Deutschland wohnen werden, ist damit noch nicht gesagt. Und zwar aus mindestens zwei Gründen.

Zum einen wird es neben dieser Einwanderung zu wirtschaftlichen Zwecken (der Zuwanderer und der Deutschen) auch eine Zuwanderung aus humanitären Gründen geben. Wie viele Flüchtlinge, Asylsuchende etc. zu uns kommen werden, ist jedoch nicht vorherzusagen. Das wird von der politischen und ökologischen Lage in vielen Ländern, aber auch von den künftigen Regelungen der Europäischen Union abhängen.

Zum andern werden sich die künftigen Einbürgerungsbestimmungen auf die Zahl der unter uns lebenden „Ausländer“ auswirken. Wer „Ausländer“ ist und wer nicht, bestimmt sich ja nicht nach sozialwissenschaftlichen Kriterien wie Sprache, Verhalten, Aussehen oder Kultur, sondern nach dem jeweiligen Pass und damit nach einer juristischen Definition und den politisch entschiedenen Verfahrensregeln. Sicher dürfte sein, dass der Anteil von „Ausländern“ hierzulande vor allem nach 2010 deutlich steigen wird. Wie viele juristische Ausländer von da an in Deutschland leben werden, ist jedoch kaum zu quantifizieren, weil die künftigen Einwanderungsprozeduren unbekannt sind. Unterstellt man, dass in Zukunft doppelt so viele Ausländer wie heute eingebürgert werden und jährlich 200.000 Personen nach Abzug der Auswanderer zu uns kommen, so stiege der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland von 9% im Jahre 1997 auf 14% im Jahr 2030 (Dt. Bundestag 1998, 134).

Es ist nicht damit zu rechnen, dass das Gros der künftigen Einwanderer aus Ländern der heutigen Europäischen Union kommen wird. Seit Jahren können Bürger der EU ja ihren Wohnort frei wählen. Gleichwohl wechseln sie ihr Wohnland nur selten. Auch gravierende Unterschiede des Lebensstandards reichen nicht aus, um die EU-Bürger in großer Zahl zur Auswanderung in ein anderes EU-Land zu veranlassen. So betrug das Bruttoinlandsprodukt 1998 in Portugal 15.000 Kaufkraftstandards, in Deutschland fast 22.000 KKS und in Dänemark 24.000 KKS (Eurostat 2000, 215). Von einer massenhaften Zuwanderung von Portugiesen in diese Länder war dennoch nichts zu bemerken. Offenkundig stellen die Menschen nicht nur Geld, sondern auch soziale Beziehungen, Sprache, Kultur und „Heimat“ in Rechnung, wenn sie vor der Entscheidung zur Auswanderung stehen.

Häufig wird befürchtet, dass in wenigen Jahren viele Menschen aus den künftigen mittel-osteuropäischen Mitgliedsländern der EU (insbesondere aus den großen Ländern Ungarn, Tschechien, Polen) nach Deutschland kommen und hier arbeiten werden, noch bevor unser Arbeitsmarkt aufnahmefähig für sie sein wird. Dadurch werde die hier bestehende Arbeitslosigkeit wachsen. Wie viele Arbeitsmigranten aus unseren östlichen Nachbarländern zu uns kommen werden, lässt sich jedoch keineswegs mit gleicher Sicherheit prognostizieren, wie die oben angeführten Bevölkerungsentwicklungen. Hierzu finden sich kontroverse Meinungen. Der derzeitigen rapiden Wohlstandsfortschritte in Ungarn, Tschechien und Polen machen es zusammen mit den angeführten immateriellen Faktoren der Sprache und Kultur m.E. eher unwahrscheinlich, dass Befürchtungen einer massenhaften Zuwanderung von dort Wirklichkeit werden.

Wir werden wohl eher damit rechnen können, dass Zuwanderer aus immer entfernteren Kulturkreisen zu uns kommen werden. Das wird die kommenden Integrations- und (Weiter-)Bildungsaufgaben nicht leichter machen und die „Sichtbarkeit“ von Migranten erhöhen. Dieser Umstand und der Grad der künftig gelungenen Integration in Bildung, Beruf und Wohnort wird sich auf die Akzeptanz von Seiten der einheimischen Bevölkerung viel entscheidender auswirken, als die oben erwähnte bloße Zahl rechtlich definierter „Ausländer“. Denn die eigentliche Problematik einer künftigen Arbeitsmigration liegt in den Prozessen praktischer Politik. Die Einstellung großer Teile der Bevölkerung nach 30 Jahren Massenarbeitslosigkeit wird eine forcierte Arbeitsmigration nicht sehr leicht machen. Zumal es bereits im Vorfeld der eigentlichen Zuwanderung, also schon in den kommenden Jahren, notwendig sein wird, umfangreiche Integrations-, Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

4. Der Umbau unserer Gesellschaft

Im vorstehenden Text wurde herausgestellt, dass die anstehenden Bevölkerungsstrukturen und -prozesse, insbesondere das Hineinwachsen der geburtenschwachen Jahrgänge in den Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit einer künftigen Arbeitsmigration, gravierende Veränderungen unserer Gesellschaft nach sich ziehen werden. Wir werden erheblich umbauen müssen.

Abschließend soll die Blickrichtung umgekehrt werden. Nicht Bevölkerungsprozesse, sondern die wichtigsten Felder der kommenden Veränderungen sollen im Vordergrund stehen. Manche von ihnen stehen in unmittelbarem, andere nur in mittelbarem Zusammenhang mit auslösenden Bevölkerungsprozessen.

4.1 Kleiner und unterschiedlicher: Die Familien und Haushalte

Seit den 60er Jahren leben im Zuge der „Pluralisierung der Lebensformen“ immer mehr Menschen als Alleinerziehende, Alleinlebende oder in nichtehelichen Partnerschaften. Einerseits sind diese Lebensformen für viele attraktiv und wählbar geworden, denn viele Menschen verfügen über mehr Ressourcen als früher, streben nach Selbstverwirklichung etc. Andererseits werden Menschen in diese Lebensfor-

men gegen ihren Willen hineingetrieben, u.a. infolge von Scheidungen, beruflichen Zwängen und schwierig gewordener Beziehungsgestaltung. Freilich leben trotz dieser Pluralisierungstendenzen die meisten Menschen im „Familienalter“ nach wie vor in Zwei-Eltern-Familien.

Die o.a. *Altersstruktureffekte* werden es mit sich bringen, dass die Zahl und der Bevölkerungsanteil der Nachrückenden sinken wird, für die sich die Frage überhaupt stellt, ob sie eine Familie gründen oder in anderen Formen leben wollen. Aber *Verhaltenseffekte* werden wohl dafür sorgen, dass die Jahrgangsteile derer, die für kürzer oder länger nicht in einer herkömmlichen Familie leben, kaum zurückgehen werden. Zwar läßt die Faszination der „neuen Lebensformen“ nach. Die „herkömmliche“ Familie wird wieder verstärkt als sinnstiftend erlebt. Aber auf der anderen Seite werden Autonomiebestrebungen sowie berufliche und persönliche Zwänge dafür sorgen, dass die nicht-familiären Lebensformen weiter Zulauf erhalten. Im Ganzen wird wegen der Altersstruktur der Bevölkerungsanteil der Alleinlebenden im mittleren Lebensalter (Singles), der Alleinerziehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften wohl stagnieren. Die entsprechenden Jahrgangsteile werden infolge des Verhaltens der Einzelnen weiter zunehmen, wenn auch wohl mit verminderten Wachstumsraten. Die Bevölkerungsanteile der älteren Alleinlebenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften älterer Menschen werden aus Gründen der Alterung und der veränderten Lebensformen auch im Alter hingegen deutlich zunehmen (Hradil 1995).

4.2 Lebenslang: Die Bildung

Es stellen sich vor allem drei Fragen:

(1) *Wieviel Bildung wird in Zukunft vermittelt werden?* In Deutschland gehen, wie in nahezu allen modernen Gesellschaften, seit den 60er Jahren immer mehr junge Menschen immer länger zur Schule. Dieser „Bildungsexpansion“ wird gelegentlich nachgesagt, weit über den beruflich-ökonomischen Bedarf und über das individuelle Wollen und Können hinausgeschossen zu sein. Entsprechende Prognosen kommen jedoch übereinstimmend zum Ergebnis, dass der künftige Qualifikationsbedarf weiterhin ansteigen wird. Der Prognose-Studie zufolge (zit. n. IAB 1999: Nr. 10) wird von 1995 bis 2010 der Anteil der Erwerbstätigen

- mit *Uniabschluss* von 9 auf 10,3% steigen,
- mit *Fachhochschulabschluss* von 5,1 auf 6,7% zunehmen,
- mit abgeschlossener *Fachschule* von 8,6 auf 12% wachsen,
- mit *Lehre* bei 60% gleichbleiben und
- *ohne Ausbildung* von 16,7 auf 11,4% sinken.

Damit wird klar, wieso im Zuge des zurückgehenden Arbeitskräftepotenzials das Personal im Bereich qualifizierter Arbeit zuerst knapp werden wird. Aus dem ökonomischen Bereich werden weiterhin „objektive“ Anstöße kommen, die Bildungsexpansion fortzusetzen. Berücksichtigt man zudem, dass Bildung zunehmend als Instrument der individuellen Lebensgestaltung, als Statussymbol und zur Erlangung von persönlicher Selbstverwirklichung eingesetzt wird, dann erscheint deutlich, dass auch die „subjektive“ Nachfrage nach weiterführender Bildung sich ausweiten

wird. Das Verhalten der Menschen (meßbar an den Jahrgangsanteilen, die bestimmte Schultypen besuchen) wird also auch weiterhin immer stärker auf die Erlangung höherwertiger Bildungsabschlüssen gerichtet sein.

Allerdings wird infolge des Altersstruktureffektes der Bevölkerungsentwicklung die Anzahl der Schüler insgesamt sinken, beginnend von Kindertagesstätten und der Grundschule. Es wird mit einem dauerhaften Rückgang von 1995 ca. 12,5 Mio auf 2015 ca. 10,5 Mio Schüler gerechnet, der in Westdeutschland moderat, in Ostdeutschland wegen des dortigen krassen Geburtenrückgangs nach der Wende dramatisch verlaufen und sich dort bei 60% der heutigen Schülerzahlen einpendeln wird (Nutz 1999: 63).

(2) *Wie wird Bildung vermittelt werden?* Das allgemeinbildende Schulwesen ist in Deutschland traditionell dreigliedrig in Hauptschule, Realschule und Gymnasium organisiert. Hierbei ist die Hauptschule im Zuge der Bildungsexpansion immer weiter geschrumpft und mittlerweile zum zahlenmäßig kleinsten Schulzweig geworden. In den neuen Bundesländern wurde die Hauptschule nach der Vereinigung teils (Brandenburg) überhaupt nicht mehr eingerichtet, teils (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) in unterschiedlichen Kombinationen mit Realschulen organisiert. Überlässt man die Entwicklung dem „natürlichen Gang der Dinge“, so spricht vieles dafür, dass die Entwicklung allmählich auf ein zweigliedriges Schulwesen zuläuft. Wünschenswert wäre allerdings die allmähliche Umgestaltung der bisherigen Hauptschule zur spezialisierten und didaktisch qualifizierten „Integrationschule“ für diverse Minderheiten.

(3) *Wann wird Bildung vermittelt?* Das bisherige (Aus-)Bildungswesen war im Grunde daraufhin angelegt, jedem Einzelnen zu Beginn seines Lebenswegs einen Vorrat an Wissen und Fertigkeiten mitzugeben, der im Prinzip „für das Leben“ reichen sollte. Diese Strategie ist angesichts des schnellen technischen und sozialen Wandels, der Alterung von Erwerbstätigen, der absehbaren Zuwanderungen und der vielen in den Beruf Zurückkehrenden immer weniger tauglich. Es wird eine Verlagerung hin zur *Weiterbildung* stattfinden. Sie wird wohl von staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Instanzen zusammen getragen werden und mit der Zeit einen ähnlich hohen Stellenwert wie die Erstbildung erhalten. Deren Verkürzung zugunsten der Weiterbildung ist absehbar.

4.3 Flexibler und selbst organisiert: Die Erwerbstätigkeit

Vielfach wird die Meinung vertreten, modernen „Arbeitsgesellschaften“ gehe die Arbeit aus (H. Ahrendt). In diesem Zusammenhang wird auf die anhaltende Massenarbeitslosigkeit hingewiesen und berechnet, dass das „Arbeitsvolumen“, d.h. die insgesamt geleisteten Stunden der Erwerbsarbeit seit 1975 um gut 10% zurückgegangen sei (Beck 1999). Als Begründung wird unter anderem angeführt:

- Die Tendenzen zur Rationalisierung der Erwerbsarbeit in Landwirtschaft, Produktion und sachbezogenen sowie wenig qualifizierten Dienstleistungen.
- Die Auslagerung vor allem von Produktionstätigkeiten ins Ausland.

Trotz alledem wird der Arbeitsgesellschaft wohl die Arbeit *nicht* ausgehen, auch nicht die Erwerbsarbeit. Die o.a. Altersstrukturentwicklung wird in einigen Jahren die Nachfrage nach Erwerbsarbeit sinken und Arbeitskräftemangel entstehen las-

sen. Da immer höhere Qualifikationen gesucht werden und per saldo Arbeitsplätze vor allem im Bereich der Humandienstleistungen und der neuen Technologien entstehen, werden Arbeitskräfte zuerst und vor allem dort rar werden. Dem wird freilich Arbeitslosigkeit von gering Qualifizierten gegenüberstehen.

So wächst derzeit zum ersten Mal seit drei Jahrzehnten wieder eine Generation heran, denen nicht nur die Tore der Bildungseinrichtungen, sondern auch vieler Unternehmen offenstehen werden. Wenn man davon ausgeht, dass die (Aus-)Bildung der kommenden Arbeitsmigranten sich trotz aller Bemühungen nur teilweise auf die Bereiche der fehlenden Höchstqualifikationen erstrecken wird, stehen einheimischen Ober- und Hochschülern gute Aufstiegschancen besonders in die oberen Etagen von Dienstleistungsunternehmen offen. Die angehenden Akademiker werden zum Teil von Unterschichtungsprozessen durch Arbeitsmigranten profitieren. Allerdings wird sich die Situation derjenigen Einheimischen zuspitzen, deren Leistungen nicht hinreichen, die Berufsfelder und Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfteknappheit zu erreichen. Sie werden sich harter Konkurrenz ausgesetzt sehen und nicht selten Zuwanderer auf der Überholspur in Bildungseinrichtungen und Unternehmen an sich vorbei ziehen sehen. Entsprechende Erfahrungen aus den USA machen deutlich, dass hier hohe Konfliktpotenziale entstehen werden.

Was die verfügbaren Arbeitsplätze betrifft, so zeigt der Blick über die Landesgrenzen, dass die technologische Entwicklung sowie eine geeignete Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitszeitpolitik durchaus in der Lage sind, das Angebot an Arbeitsplätzen zu halten, wenn nicht zu vermehren. Freilich wird darunter der Anteil der „normalen“, d.h. der abhängigen, außerhäuslichen Vollzeit-Dauer-Arbeitsplätze, der Ende der 90er Jahr nur noch bei ca. 70% lag, weiter zurückgehen. Teilzeitbeschäftigungen, Heimarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, vorübergehende Nicht-Beschäftigung, neue Selbstständigkeit und Parallelbeschäftigung bei mehreren Arbeitgebern werden häufiger werden. Dem Trend hin zur flexiblen Arbeitsorganisation wird der zur individuellen Arbeitsflexibilität entsprechen.

Dem widerspricht nicht, dass auch nichtbezahlte „Tätigkeiten“ stark zunehmen werden. Zwar werden diesbezügliche Konzepte der „Bürgerarbeit“ und der „Tätigkeitsgesellschaft“ kaum als vorrangige Strategien zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit dienen können (Beck 1999 und Mutz 1997 sehen dies freilich anders). Aber die Ergänzung von Familien- und Erwerbs- durch „soziale Bürgerarbeit“ in Non-Profit-Organisationen wird dazu beitragen können, bestimmte Arbeitsmarktprobleme zu lösen, Menschen Sinn und Integration zu vermitteln und die Pluralisierung der sozialen Sicherung (s.u.) zu fördern.

4.4 Gewinner und Verlierer: Die soziale Ungleichheit

Industriegesellschaften sind in der Regel durch wachsenden Wohlstand gekennzeichnet. Diese Wohlstandsmehrung ergab sich in Deutschland eher spät, dann aber nach dem 2. Weltkrieg besonders schnell. In Westdeutschland hat sich seit 1950 das Volkseinkommen pro Kopf mehr als vervierfacht (Glatzer/Zapf 1999, 22). In den 90er Jahren wuchs der Wohlstand in Westdeutschland nur noch zögernd, u.a. wegen Arbeitsmarktproblemen und der Kosten der deutschen Vereinigung. Auch in den nächsten Jahrzehnten wird nur noch mit einem moderaten Wohlstandszuwachs

in Deutschland gerechnet. Dafür sorgen u.a. die zusätzlichen Belastungen durch Altersstrukturveränderungen.

In entwickelten Industriegesellschaften werden Wohlstand und andere knappe, begehrte Güter im Wesentlichen qua (Aus-)Bildung und beruflicher Stellung auf soziale Schichten verteilt. Dies ist auch im „postindustriellen“ Deutschland prinzipiell nach wie vor der Fall. Dennoch sind wesentliche Veränderungen im Gange (vgl. Hradil 1987).

Die Bildungsexpansion sorgte dafür, dass Bildung von der knappen, zureichenden, aber nicht unbedingt notwendigen, zur reichlich vorhandenen, notwendigen, aber nicht in jedem Falle zureichenden Voraussetzung zur Erlangung ertragreicher Berufspositionen wurde. Dennoch wird sich die Entwertung von Bildung in Grenzen halten, da durch die Dienstleistungs- und Wissensexpansion der Bedarf an hohen Qualifikationen (s.o. 4.2) weiterhin steigen wird.

Neben dem Beruf werden weitere Bestimmungsgründe sozialer Ungleichheit immer wichtiger. So wird die ethnische Zugehörigkeit mit steigenden Zuwanderungen zur immer bedeutenderen Statusdeterminante werden. Auch das Alter wird mit den wachsenden Sozillasten, die auf die mittlere Generation der Erwerbstätigen zukommen werden, verstärkt zum Bestimmungsgrund für Nachteile. Andernteils werden seit langem bestehende Zuweisungsmerkmale sozialer Ungleichheit, wie zum Beispiel die Hautfarbe und das Geschlecht, zwar nicht „objektiv“ wichtiger werden, wohl aber wird die „subjektive“ Sensibilität z.B. für Ungleichheiten zwischen Mann und Frau und zwischen Menschen verschiedener Hautfarbe weiter zunehmen.

Im Zusammenhang mit wachsender Freizeit und steigenden Ansprüchen an Lebensqualität rücken neben den berufsnahen Vor- und Nachteilen (Einkommen, Macht und Prestige) weitere Ungleichheiten in den Vordergrund der Aufmerksamkeit: Dies gilt für Freizeit(chancen), Arbeitsbedingungen, Wohn-, Umwelt- und vor allem für Gesundheitsbedingungen (Hradil 2001).

„Soziale Unterschichten“ setzen sich in verstärktem Maße nicht mehr aus der Arbeiterschaft, sondern aus denen zusammen, die durch geringe Ausbildung und/oder ethnische Benachteiligung am Rande oder außerhalb des Arbeitsmarktes stehen. Der Abbau von „Normalarbeitsverhältnissen“ wird diesen Prozess beschleunigen. Innerhalb der mittleren und oberen Berufsschichten kommen die „subjektiven“ Gruppierungen, zu denen sich die Zugehörigen selbst rechnen oder von andern gezählt werden, immer weniger durch Arbeitsmarktlage, Klassenzugehörigkeit oder andere ökonomische Gegebenheiten als vielmehr durch Konsum- und Lebensstilverhalten zu Stande (Noll 1999).

4.5 Mehrere Säulen: Die soziale Sicherung

Im Verlauf der Industrialisierung wurden – in Deutschland besonders früh – Systeme zur Absicherung der „Standardrisiken“ geschaffen, d.h. der Gefahren, durch Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Unfall oder Arbeitslosigkeit das Erwerbseinkommen und damit die Existenzgrundlage zu verlieren. Hiervon sind die Krankheits- und vor allem die Alterssicherungssysteme besonders teuer. Sie machen schon heute mehr als zwei Drittel aller Kosten zur sozialen Sicherung in Deutschland aus.

Ausgerechnet diese teuersten Sicherungssysteme geraten infolge der Altersstrukturentwicklung in besondere Schwierigkeiten. Sie werden in dieser Form nicht zu halten sein und Zug um Zug um weitere „Säulen“ – neben der herkömmlichen Sozialversicherung – ergänzt werden.

Hierzu trägt auch bei, dass derzeit Risiken wachsen, die – anders als die klassischen „Standardrisiken“ – durch Großorganisationen und ihre rechtlich geregelten Finanzleistungen nicht abgesichert werden können. Gegen Drogenabhängigkeit, familiäre Zerrüttung, Überschuldung und Orientierungslosigkeit im Leben hilft keine Sozialversicherung.

Absehbar ist daher eine *Pluralisierung des Systems der sozialen Sicherheit*. Die Einzelnen werden eigene Aktivitäten entwickeln müssen. Sie werden sich nicht nur auf die (reduzierten) sozialstaatlichen Einrichtungen verlassen können. Die Menschen werden selbst unter Angeboten von gewerblichen Unternehmen (z.B. zur finanziellen Alterssicherung), von freiwilligen Assoziationen (z.B. die Schuldnerberatungen von Wohlfahrtsverbänden) und privaten Netzwerken (z.B. Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich) auswählen müssen und sie gelegentlich auch selbst anregen oder modifizieren müssen (Bulmahn 1998; Zapf 1981).

Für die Einzelnen, aber auch für staatliche Instanzen bietet sich insbesondere der Aufbau bzw. die Förderung nichtfamiliärer informeller Stützsysteme an (z.B. Nachbarschaftshilfen für alleinlebende ältere Menschen oder Initiativen zur Integration von Zuwanderern). Dies würde der Aktivierung der Bürger, der jeweiligen individuellen Lebensgestaltung (nicht Jede/r hat gleiche Sicherheitsbedürfnisse) und der bürgerschaftlichen Integration zugleich zugute kommen. Verzahnungen mit den oben skizzierten Wegen hin zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“ (s.o. 4.3) bieten sich an. Möglicherweise ergeben sich aus den Zwängen zur Umgestaltung der Sicherungssysteme auch bessere Chancen zur Integration der Sozialpolitik der Europäischen Union. Schließlich stehen im Prinzip alle EU-Länder vor ähnlichen Problemen.

Nicht zur verkennen ist aber, dass die Pluralisierung der Sicherungssysteme auch neue Ungleichheiten und Risiken hervorrufen kann. Es wird sehr auf Art und Ausmaß der jeweiligen persönlichen Bemühungen ankommen und nicht selten auch von der Finanzkraft und den Informationen der Einzelnen abhängen, wie es um ihre Sicherheit bestellt sein wird.

4.6 Die Toleranzprobe: Soziokulturelle Ausdifferenzierung

In dem Maße, in dem die Knappheitsgesellschaft schwindet, also Wohlstand, soziale Sicherheit und Bildung etc. sich mehren, steigen im Prinzip die Freiheitsgrade, das Leben nach eigenen Zielsetzungen zu gestalten. Viele dieser Freiheiten wurden in den vergangenen Jahrzehnten auch genutzt: Dies zeigte seit den 70er Jahren der „Wertewandel“ weg von materiellen Zielsetzungen und Pflichtwerten der Menschen, hin zu Selbstverwirklichungstendenzen (Inglehart 1979). Dies kam auch in Individualisierungsbewegungen zum Ausdruck, insbesondere in der Loslösung der Einzelnen aus überkommenen Gemeinschaften von Familie, Klasse und Gemeinde (Beck 1986).

Sozialstrukturell wurden diese Tendenzen seit den 80er Jahren in einer Ausdifferenzierung von sozialen Milieus, Subkulturen, sozialen Bewegungen und Lebensstilen erkennbar (Hradil 1992). Geschlossene Makro-Kulturen z.B. der gesamten

Unterschicht sind heute nicht mehr nachweisbar. Die ausdifferenzierten Lebensweisen prägen allem Anschein nach die Selbstdefinition und Interesseninterpretation der Menschen in steigendem Maße. Einen neuen Schub wird die soziokulturelle Ausdifferenzierung durch Zuwanderungen aus immer entfernteren Ethnien erhalten.

Erwartungen, nach denen sich die Entwicklungstrends hin zur Selbstverwirklichung, Individualisierung und kulturellen Ausdifferenzierung in den kommenden Jahrzehnten immer weiter fortsetzen werden, erscheinen allerdings voreilig. Soziokulturelle Entwicklungen verlaufen offenbar noch weniger linear und bruchlos als andere gesellschaftliche Trends. So stagniert der „Wertewandel“ schon seit den 90-er Jahren. Dies hängt sicher mit der wirtschaftlichen Stagnation in dieser Zeit zusammen, bringt aber auch soziokulturelle Korrekturbewegungen hin zu Normen und Gemeinschaften zum Ausdruck.

Ähnliches gilt für die vieldiskutierte Individualisierung. Hier lassen sich nicht nur Selbstregulierungen erkennen, indem die autonomer gewordenen Individuen freiwillig und auf Zeit Gemeinschaften suchen (von der „Lebensgemeinschaft“ bis hin zur „Szene“ und der Umweltinitiative). Hier bauen sich allem Anschein nach seit einiger Zeit auch massive Gegenbewegungen auf. Diese äußern sich u.a. in Tendenzen zur „Re-Moralisierung“. Normen werden, nachdem sie jahrzehntelang immer liberaler wurden, vielfach wieder strenger. Unter anderem werden strengere Maßstäbe eingefordert, was die Kindererziehung, die Gewaltfreiheit in Ehe und Familie, die sexuelle Treue, die Korrektheit politischer Amtsträger und den Umwelt- und Gesundheitsbereich betrifft. Ehe und Familie stehen bei der Jugend wieder hoch im Kurs (Deutsche Shell 2000, z.B. 153f.).

Vermehrte Ressourcen werden also keineswegs zwangsläufig immer individueller genutzt. Gewachsene (potenzielle) Freiheiten führen nicht automatisch zu immer intensiverem (aktuellem) Ausleben der neuen Freiheiten. Man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, dass in den kommenden Jahrzehnten die Menschen – um Desintegration und Anomie zu vermeiden – nach immer neuen Balancen zwischen individueller Freisetzung und gesellschaftlicher Einbindung suchen werden (Hradil 2000).

Literatur

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986
- Beck, Ulrich: Die Zukunft der Arbeit oder Die Politische Ökonomie der Unsicherheit, in: Berliner Journal für Soziologie 1999, H. 4, S. 467-479
- Birg, Herwig: Bevölkerungsentwicklung, Alterung und Einwanderungen in Deutschland, in: Weber, Albrecht (Hg.): Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union, Osnabrück 1997, S. 63-84
- Bulmahn, Thomas: Plurale Vorsorge. Die Zukunft der sozialen Sicherheit, in: APUZ 1998, B18, S. 11-18
- Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2000, Bd. 1, Opladen 2000
- Dt. Bundestag (Hg.): Demographischer Wandel – Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Bonn 1998 (Bundestagsdrucksache)
- Eurostat: Jahrbuch. Europa im Blick der Statistik. Ausgabe 2000, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft 2000
- Gans, Paul/Kemper, Fanz-Josef: Bevölkerung, in: Institut für Länderkunde, Leipzig (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Gesellschaft und Staat, Berlin 1999, S. 78-82

- Geißler, Rainer: Sozialer Wandel in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung 269, 4. Quartal 2000
- Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang: Wohin entwickelt sich die Bundesrepublik Deutschland? in: Institut für Länderkunde Leipzig (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Gesellschaft und Staat, Berlin 1999, S. 22-25
- Höhn, Charlotte: Bevölkerungsentwicklung und demographische Herausforderung, in: Hradil, Stefan/ Immerfall, Stefan (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, S. 71-96
- Hof, Bernd: Szenarien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland, in: APUZ 2001, B8, S. 20-30
- Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987
- Hradil, Stefan: Alte Begriffe und neue Strukturen. Die Milieu-, Subkultur- und Lebensstilforschung der 80er Jahre, in: Ders. (Hg.): Zwischen Bewußtsein und Sein, Opladen 1992, S. 15-56
- Hradil, Stefan: Die „Single-Gesellschaft“, München 1995
- Hradil, Stefan: Die Single-Gesellschaft, in: Pongs, Armin (Hg.): In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Bd. 2, München 2000, S. 103-124
- Hradil, Stefan: Sozialer Wandel. Gesellschaftliche Entwicklungstrends, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang: Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Aufl. Opladen 2000a, S. 642-653
- Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, 8. Aufl. Opladen 2001
- Hradil, Stefan: Modernisierung moderner Gesellschaften. Trends gesellschaftlicher Entwicklung und ihre modernisierungstheoretische Einordnung, in: Hill, Hermann (Hg.): Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie? Frankfurt am Main 2001(a), S. 93-103
- Hradil, Stefan/Müller, Dagmar: Auswirkungen des demographischen, sozialen und kulturellen Wandels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein, Kiel 1993
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit): Kurzberichte Nr. 4, Nr. 10, 1999
- Inglehart, Ronald: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften, in: Klages, Helmut (Hg.): Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt 1979, S. 279-316
- Loy, Harald: Ökonomische Wirkungen eines Geburtenrückganges, Frankfurt am Main 1997
- Mutz, Gerd: Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? in: APUZ 1997, B 48-49, S. 31-40
- Naegele, Gerhard: Örtliche Altenpolitik auf der Suche nach Visionen, in: Textor, Martin R. (Koordination) 1997: Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 157-176
- Noll, Heinz-Herbert: New Structures of Inequality. Some Trends of Social Change in Modernized Societies, Berlin 1999 (WZB-Arbeitspapier FS III 99 – 405)
- Nutz, Manfred: Das Bildungssystem. Schulen und Hochschulen, in: Institut für Länderkunde Leipzig (Hg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Gesellschaft und Staat, Berlin 1999, S. 63-65
- Stat. Bundesamt (Hg.): Statistische Informationen zum Arbeitsmarkt – Konzepte und Kritik, Anwendung und Auslegung (Band 30 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik), Stuttgart 1997
- Stat. Bundesamt (Hg.): Datenreport 1999, Bonn 2000
- Stat. Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch 2000, Stuttgart 2000
- Textor, Martin R.: Bevölkerungsentwicklung: Konsequenzen für Gesellschaft und Politik, in: Ders. (Koord.): Sozialpolitik. Aktuelle Fragen und Probleme, Opladen 1997, S. 11-28
- Rössel, Gottfried/Schaefer, Reinhard/Wahse, Jürgen: Alterspyramide und Arbeitsmarkt. Zum Alterungsprozess der Erwerbstätigen in Deutschland, Frankfurt am Main 1999
- Wagner, Gert: Relevanz von Bevölkerungsprognosen als Grundlage wohlfahrtsstaatlicher Politik, in: Hradil, Stefan (Hg.): Der betreute Mensch? (Soziologenkorrespondenz, Bd. 13), München 1989, S. 1-23
- Zapf, Wolfgang: Wohlfahrtsstaat und Wohlfahrtsproduktion, in: Albertin, L./Link, (Hg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1981, S. 379-400